

Streit um die Straße

IHK fordert B 51-Ausbau / Bürgerinitiative kritisiert Plan im Stil der 70er-Jahre

Landkreis Diepholz – Der IHK-Wirtschaftsausschuss Diepholz hat sich hinter die Entscheidung des niedersächsischen Verkehrsministeriums gestellt, den Landkreis Diepholz anzuweisen, den Planfeststellungsprozess für den 2+1-Ausbau der B51 zwischen Bassum-Klenkenborstel und Stuhr-Fahrenhorst fortzusetzen (wir berichteten). Keinerlei Verständnis dafür zeigt hingegen die Bürgerinitiative für Landschafts- und Umweltschutz Nordwohldede und Fahrenhorst (BI), die sich mit einem Brief an die Kreiszeitung gewendet hat.

Für die regionale Wirtschaft sei „diese Erweiterung ein notwendiger Baustein für die Optimierung der Ver-

kehrsrflüsse“, heißt es in einer Pressemitteilung der IHK. Und für die Region selbst sei der Ausbau notwendig, um den wirtschaftlichen Wohlstand „zu erhalten und weiterzuentwickeln.“

Unternehmen seien nicht wettbewerbsfähig, wenn sie nicht schnell und zuverlässig an ihr Ziel kommen und auch würden sie unattraktiver für Fachkräfte: „Der ländliche Raum leidet heute bereits stärker unter dem Fachkräftemangel als verkehrlich gut erschlossene städtische Zentren“, so IHK-Wirtschaftsausschuss-Vorsitzender Ludolf Roshop. Dabei betont er, dass die IHK „perspektivisch noch keine Alternative zum Straßenverkehr“ sehe.

Darüber hinaus verweist die IHK auf Prognosen, denen zufolge der Güterverkehr bis 2051 um 46 Prozent wachsen soll, der Straßengüterverkehr sogar um 54 Prozent.

Initiative befürchtet jahrelange Posse

„Wir sind fassungslos und wütend“ schreibt Jürgen Schierholz, erster Vorsitzender der Bürgerinitiative hingegen. Der Prozess, der nun wieder aufgenommen werde, sei für die BI „ein Irrweg auf Kosten des Steuerzahlers“. Würde dieser Weg weiter beschritten, erwarten alle Beteiligten nur die „sattsam bekannten Argumente“, die erneut ausgetauscht würden.

Dabei habe sich zuletzt weder die Sicherheitslage verschlechtert, noch hätten sich die Geschwindigkeitsbegrenzungen als unangemessen herausgestellt.

Schierholz sehe nur eine Möglichkeit, „eine Fortsetzung der Posse vor dem Oberverwaltungsgericht in zwei bis drei Jahren“ abzuwenden: Ein Minister müsse Haltung beweisen und dem bürokratischen Apparat und den „Technokraten der Landesbehörde“ entgegentreten. Die „autogerechte Planung im Stil der 70er-Jahre“ werde mit dem aktuellen Beschluss über den Bassumer Stadtrat, die Gemeinde Stuhr, den Landkreis Diepholz und einen Bürgerwillen gestellt.